

Newsletter 08/2022

Sommerausgabe

Kriegsgewinne und Armut: Bühne frei für die Debatte

Newsletter - August 2022

In der ungewöhnlich warmen Sommerpause wurde heiß diskutiert, wie die Krisenkosten verteilt werden sollen. Selbst hochprofitable Konzerne haben scheinbar Entlastung via Gasumlage beantragt, auf Kosten der Kunden, die wiederum durch eine Mehrwertsteuersenkung mit der Gießkanne entlastet werden sollen. Gleichzeitig sorgt eine Tarifierpassung bei der Einkommensteuer dafür, dass vor allem Menschen mit hohem Einkommen nicht stärker belastet werden und kostet weitere 10 Milliarden Euro im kommenden Jahr. Wir fragen, wo da die Mittel für die Entlastung der wirklich Bedürftigen herkommen sollen. Die [Ökonomen der OECD](#) und unser vertiefter Blick in die Steuerstatistik antwortet: die Empfänger von großen Erbschaften und Schenkungen. Unsere aktuelle Kurzstudie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt: die Übergewinne der Mineralölkonzerne aus den Steueroasen zurück nach Deutschland zu holen würde sich mindestens genauso lohnen. Wir wünschen ein angenehmes Wochenende mit unserem Sommer-Newsletter in komprimiertem Format.

Christoph, David und Julia

Der [Vorschlag von Olaf Scholz](#), Geringverdiener mit direkten Zuschüssen zu unterstützen, fand nicht die Zustimmung von Finanzminister Lindner. Der plant stattdessen den [Abbau der kalten Progression](#) über eine **Anpassung des Einkommensteuertarifs**. Im kommenden Jahr soll dazu der Grundfreibetrag auf 10.632 Euro und im Jahr 2024 auf 10.932 Euro angehoben werden. Zudem ist eine Erhöhung des Kindergeldes sowie des Kinderfreibetrags geplant. Der Spitzensteuersatz soll später greifen. Die Reichensteuer wird hingegen nicht angepasst. Insgesamt sollen Bürgerinnen und Bürger in 2023 um 10 Milliarden Euro entlastet werden und im Jahr 2024 sind weitere vier Milliarden Euro geplant. Von der geplanten Steuererleichterung würden aber vor allem Besserverdienende profitieren. Das legen Berechnungen von [Stefan Bach \(DIW\)](#) nahe. Demnach erhalten die oberen 20 Prozent der Gutverdienerinnen und Gutverdiener 54 Prozent der Milliarden-Entlastung und nur zwölf Prozent der Mindereinnahmen kommen der unteren Hälfte der Haushalte zugute. Relativ -

also im Vergleich zum eigenen Einkommen – profitieren zwar niedrige Einkommen stärker von den Korrekturen am Steuertarif – sofern ihr Einkommen nicht so niedrig ist, dass sie gar keine oder nur minimal Steuern zahlen – aber in absoluten Zahlen haben die Gutverdiener mehr Netto als vor der Anpassung. Die Inflation belastet aber derzeit die Haushalte mit geringem Einkommen [deutlich stärker](#).

Während Lindner eine Steuerreform mit hohen Mindereinnahmen durch eine starke Entlastung von Besserverdienern plant, hat die letzte **Reform der Erbschaftssteuer** 2016 eher Gegenteiliges bewirkt. Sowohl die zusätzlichen Einnahmepotentiale als auch das Gerechtigkeitsdefizit sind hier enorm – insbesondere im Zusammenhang mit den umfangreichen Ausnahmen für Firmenerben. Das legt auch ein Blick in die aktuell erschienene [Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik](#) für das Jahr 2021 nahe. Bereits seit Jahren sind die Steuerprivilegien für Betriebsvermögen laut Subventionsbericht der Bundesregierung die größte aller Steuersubventionen. Nun haben sich die steuerfreien Unternehmensübertragungen im Vergleich zum Vorjahr noch einmal verdoppelt, so die aktuelle Statistik. Im Jahr 2021 hat insgesamt ein Vermögen von rund 37 Milliarden Euro aufgrund der Ausnahmeregelungen gänzlich unversteuert den Eigentümer gewechselt. Der Großteil davon entfällt auf Erwerbe von über 20 Millionen Euro. Im Ergebnis liegt der Steuersatz auf Schenkungen in dieser Größenordnung bei gerade einmal 2,2 Prozent. Zumindest suggeriert das der Blick in die offizielle Statistik. Unsere Anfrage beim Statistischen Bundesamt ergab nun: Die neue Super-Verschonung (Verschonungsbedarfsprüfung) für Übertragungen jenseits von 26 Millionen Euro wird zwar mittlerweile von Erben genutzt, aber in der Statistik nicht berücksichtigt. Im Jahr 2021 haben zusätzlich zu den anderen Ausnahmen zehn Superreiche „aufgrund von Bedürftigkeit“ einen Steuererlass von knapp einer halben Milliarde Euro erhalten, so das Ergebnis der Anfrage. Was das konkret bedeutet, erklären wir in unserem [Blog](#).

Die **Übergewinnsteuer** genießt eine [große Popularität in der Bevölkerung](#) und steht im Fokus der öffentlichen Debatte. Unsere aktuelle [Kurzstudie „Kriegsgewinne besteuern. Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern“](#) für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, zeigt warum die Steuer auch in Deutschland möglich und lohnenswert wäre. Der [Spiegel berichtete](#). Unsere Analyse der bisherigen Preisentwicklungen und das Beispiel Italien legen nahe, dass Einnahmen von 30 bis 40 Milliarden Euro realistisch wären. Würde es gelingen, fast alle in Deutschland erwirtschafteten Gewinne auch hier zu besteuern, wären hypothetisch sogar 100 Milliarden Euro möglich. Mithilfe der länderbezogenen Berichterstattung von BP zeigen wir, wo die Gewinne bisher landen (Spoiler: ein Achtel landet in einer Steueroase). Ein Grund mehr zumindest einen Teil davon nach Deutschland zurück zu holen.

Dennoch blockiert die FDP weiterhin, Frau Strack-Zimmermann aus dem FDP-Bundesvorstand hat erst vergangenen Mittwoch bei Markus Lanz wiederholt, [es gebe zwar Gewinne aber keine Übergewinne](#). Und eine [Stellungnahme](#) des Wissenschaftlichen Beirats des BMF konstatiert, dass eine Übergewinnsteuer für die Innovationskraft einer Ökonomie fatal sein könnte. Anstatt empirischer Belege enthält sie aber vor allem eine Reihe logischer Argumentationsfehler – zum Beispiel den Strohmännchen "Biontech" oder den slippery slope zum

"kompletten Vertrauensverlust". Lediglich eine einzelne Studie aus 1980, zeigt angeblich, dass die damalige Übergewinnsteuer auf Mineralöl in den USA zu weniger Investitionen geführt hat. Dass das angesichts der Klimakrise zumindest bei der Öl- und Gasförderung (siehe Fracking in Niedersachsen) wenig dramatisch ist und ob bei den erneuerbaren Energien aktuell tatsächlich das Investitionskapital die knappe Ressource ist wird nicht mal diskutiert, geschweige denn empirisch belegt. Stattdessen wird als Alternative zu einer Übergewinnsteuer vorgeschlagen „die Körperschaftsteuer stärker auf eine Besteuerung von ökonomischen Renten auszurichten“, indem ein kalkulatorischer Eigenkapitalzins von der Bemessungsgrundlage abgezogen wird. Das wäre tatsächlich v.a. eine weitere massive Steuersenkung für Unternehmen und würde laut Stellungnahme zu „einem deutlich niedrigeren Steueraufkommen“ führen.

Wir beenden die Sommerpause mit einer Reihe **spannender Veranstaltungen**:

- 25.08.22, 19 Uhr: Veranstaltung der Stiftung "Ein Erbe für jeden". Alle 30 jährigen können sich für ein Grunderbe von 20.000€ registrieren, auch wir vom Netzwerk Steuergerechtigkeit (NWSG) sind dabei! Wo? Im "Ella", Käkenflur 28
- 31.08.22, 17:30 Uhr: Das NWSG kommt zum finanzpolitischen Biergarten-Quiz der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wo? Café Strauss, Wiesenstraße 46, 20255 Hamburg-Eimsbüttel <https://www.fes.de/julius-leber-forum/artikelseite-julius-leber-forum/wer-zahlt-die-zeche>
- 01.09.22, Präsenz-Veranstaltung „Transparenz von Eigentum und effektive Geldwäschebekämpfung“ von Transparency International Deutschland und dem NWSG. Wo? Vertretung des Saarlandes beim Bund (In den Ministergärten 4, 10117 Berlin). Anmeldung [hier](#)
 - Teil 1 - 16:00 bis 18:15 Uhr: Workshop für Expertinnen und Experten zu aktuellen wissenschaftlichen und journalistischen Erkenntnissen zu den Möglichkeiten und Grenzen von Recherchen über die wirtschaftlich Berechtigten von Immobilien in deutschen Städten
 - Teil 2 - 18:30 bis 20:00 Uhr: Öffentliche Diskussion mit Staatssekretär Dr. Jörg Kukies über nötige Reformen für eine effektive Geldwäschebekämpfung im Lichte der Debatte um die Sanktionsdurchsetzung mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Regierung und von Strafverfolgungsbehörden (unter anderem Dr. Nina Thom (tbc) und Frank Buckenhofer)
- 27.09.22, 19 Uhr: "Auf zu Neuen Ufern? Steuerpolitische Erwartungen an die Bundesregierung" Zoom-Veranstaltung der kirchlichen Zachäus-Kampagne und des NWSG mit Dr. Möhlenbrock (BMF), Christian Gorke (Die Linke), Antje Tillmann (CDU) und Christoph Trautvetter (NWSG). Anmeldung und weitere Informationen folgen!

Wir haben noch viel vor - unterstütze uns dabei!

Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!



Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37, 10249 Berlin

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

[Hier können Sie sich in beiden Fällen abmelden](#)

